

LEITARTIKEL

**NAP Eingliederung:
dieses Mal gibt es keine Entschuldigung!**

Die erste Runde der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingl), die im Juni 2001 vorgelegt wurde, war in erster Linie eine Bündelung bestehender Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten. Sie lieferte jedoch keinen strategischen oder geplanten Ansatz, um "die Armut bis 2010 entscheidend zu bekämpfen". Dies war das Ziel der nationalen Aktionspläne, das die Staats- und Regierungsoberhäupter beim Gipfeltreffen in Lissabon beschlossen hatten. Auch die Vorbereitung und Umsetzung der Pläne wurde der Zielsetzung der Strategie, "alle relevanten Akteure zu mobilisieren", nicht gerecht. Als Hauptursache dafür, dass die gesetzten Ziele bei weitem nicht erreicht wurden, wurde die mangelnde Zeit verantwortlich gemacht, die zur Vorbereitung und Vorlage der ersten Runde der nationalen Aktionspläne zur Verfügung stand.

Durch das Zusammentreffen von rund 300 Teilnehmern beim Europäischen Runden Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, der unter der dänischen Präsidentschaft in Aarhus veranstaltet wurde, ist sichergestellt, dass es für die zweite Runde der nationalen Aktionspläne, die im Sommer 2003 vorgelegt werden sollen, keine solche Entschuldigung geben wird. Der Runde Tisch hat bestätigt, dass die nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung mehr als ein rein theoretischer Vorgang sind, der lediglich in einer Berichterstattung an die EU-Kommission besteht, sondern Teil einer übergeordneten Strategie, die alle relevanten Akteure auf allen Ebenen der EU zu einem tiefgreifenden Nachdenken bewegen soll. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung eine wesentliche Priorität der EU-Politik wird. Mit den nationalen Aktionsplänen und der übergeordneten EU-Strategie soll erreicht werden, dass Armut nicht mehr als eine Randerscheinung gesehen wird, die nur diejenigen betrifft, die Armut und Ausgrenzung direkt ausgesetzt sind, sondern als ein Thema, das alle Menschen in der EU angeht und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Die Verpflichtung, "die Menschen, die unmittelbar von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, aktiv in den Prozess einzubeziehen", wird - sofern sie denn eingehalten wird - gewährleisten, dass diese Menschen nicht mehr nur als Menschen mit persönlichen Problemen wahrgenommen werden, sondern als derjenige Teil der Bevölkerung, der die Last trägt, die verursacht wurde durch das Versagen unserer Regierungssysteme und öffentlichen Einrichtungen, die Gesellschaft so zu gestalten, dass der Zugang zu Grundrechten für alle Menschen garantiert ist.

INHALT

**EU-Strategie zur sozialen
Eingliederung**

- Der Runde Tisch in Aarhus vom 17.-18. Oktober 2002: Auftakt für die Mobilisierung aller relevanten Akteure **p.2**
- Wichtige Schlussfolgerungen und Herausforderungen für die zukünftigen nationalen Aktionspläne **p.3**
- Ankündigung: Zweites europäisches Treffen von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind **p.3**

EU-Erweiterung

- 25 Mitgliedstaaten bis 2004! **p.5**
- Reale Preise und Kaufkraft in den Bewerberländern **p.5**
- Die Wichtigkeit der Rechte: die Erfahrung der mittel- und osteuropäischen Länder **p.6**

Erscheint
Monatlich
N°97
November 2002

e a p n

Erscheint in Deutsch,
Englisch, Französisch,
Italienisch und Spanisch

Herausgeber:
F. FARRELL

Redaktion:
V. FOREST

Rue du Congrès 37-41
Bte 2

B-1000 Brussels

tél. 32 2 230 44 55

fax. 32 2 230 97 33

E-mail: team@eapn.skynet.be

Internet:

http://www.eapn.org

In Zusammenarbeit mit:
P. BRANDELLERO

C. NOLMANS

C. FONSECA

Bureau de dépôt:

1600 Sint Pieters Leeuw 1

Mit der Unterstützung
der Europäischen Kommission

EU-STRATEGIE ZUR SOZIALEN EINGLIEDERUNG

**Der Weg in die Zukunft:
Vorbereitung auf das Jahr
2003 und darüber hinaus**



"Die bereits bestehenden Zielsetzungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung haben sich als so stark und durchführbar erwiesen, dass kein Bedarf für größere Änderungen besteht. Dennoch waren sich alle Teilnehmer einig, dass die überarbeiteten Zielsetzungen und die nächste Runde der NAP die folgenden zusätzlichen Elemente enthalten sollten:

1. Schwerpunkt auf der Geschlechterfrage: bei der Ausgrenzung von Frauen und Männern interagieren jeweils unterschiedliche Faktoren;
2. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung muss in weitaus stärkerem Maße in die verschiedenen Politikbereiche integriert werden, um Synergieeffekte zu erzielen;
3. Die Mitgliedstaaten sollten überlegen, wie sie sich für ihre jeweilige nationale Strategie eigene Ziele setzen und gleichzeitig von den gemeinsam vereinbarten Indikatoren profitieren können;
4. Die gemeinsam vereinbarten Indikatoren müssen dahingehend weiterentwickelt werden, dass die qualitativen Aspekte der nationalen Strategien überwacht und bewertet werden können;
5. Die Beteiligung aller relevanten Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene am Entscheidungsprozess muss gefördert und verstärkt werden;
6. Menschen, die direkt von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, müssen von Anfang an aktiv in den Prozess einbezogen werden;
7. Das Wissen über die Strategien und Methoden muss in großem Umfang verbreitet werden;
8. Es müssen massive Maßnahmen bezüglich Kindern und jungen Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind, ergriffen werden;
9. Für die zukünftigen NAP müssen kohärente und strategische Initiativen für spezielle Zielgruppen entwickelt werden, z.B. Obdachlose, Menschen, die bestimmten Minderheiten angehören, und Behinderte. Sozial ausgegrenzte Frauen, einschließlich Frauen aus ethnischen Minderheiten, sollten besonders berücksichtigt werden;
10. Angesichts der Tatsache, dass durch die Erweiterung neue gemeinsame Strategien notwendig werden, muss die besondere Situation der Bewerberländer berücksichtigt werden."

Henriette Kjær,
dänische Ministerin für Soziales und Gleichstellung
Abschlussrede, Aarhus, 18.10.2002

ERSTER RUNDER TISCH, AARHUS, 17-18 OKTOBER 2002

Auftakt für die Mobilisierung aller relevanten Akteure

Der Europäische Runde Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, der von der dänischen EU-Präsidenschaft mit Unterstützung der Europäischen Kommission veranstaltet wurde, fand vom 17.-18. Oktober 2002 in Aarhus statt. Im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft gegen soziale Ausgrenzung, das im Januar 2002 gestartet wurde, bestand das Hauptziel des Runden Tisches darin, die Herausforderungen und Chancen der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung zu bestimmen. Das Treffen begann am 17. Oktober, dem Weltarmutstag.

Seit Einführung der "offenen Koordinierungsmethode" zur sozialen Eingliederung in Lissabon im März 2000 hat die Europäische Kommission ihr Engagement, die Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung zu einer wichtigen Priorität zu machen, erheblich verstärkt. Nach der Annahme der gemeinsamen Zielsetzungen verpflichteten sich die Mitgliedstaaten im Jahre 2001, nationale Aktionspläne (NAP/Eingl) mit zweijährigen Laufzeiten zu erstellen, die derzeit umgesetzt werden.

Im Dezember 2001 nahm der Europäische Rat von Laeken den ersten gemeinsamen Bericht über die soziale Eingliederung an, in dem die wichtigsten Herausforderungen und Maßnahmen dargestellt werden, die in den Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet entwickelt wurden. Darüber hinaus wurde eine Liste mit gemeinsamen Leistungsindikatoren angenommen. Das Aktionsprogramm gegen soziale Ausgrenzung, das eine der Säulen der Strategie zur sozialen Eingliederung ist, wurde ebenfalls im Januar 2002 gestartet.

Das Aktionsprogramm der Gemeinschaft

Der Runde Tisch ist ein Bestandteil des Aktionsprogramms der Gemeinschaft gegen soziale Ausgrenzung. Das Programm für 2002-2006 beinhaltet die Förderung der Zusammenarbeit, um die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung zu verstärken, und zwar durch:

1. eine Verbesserung des Verständnisses von Armut und sozialer Ausgrenzung, insbesondere durch Vergleichsindikatoren;
2. Organisation eines Austauschs über durchgeführte Maßnahmen und Förderung des gegenseitigen Lernens, u.a. im Rahmen der nationalen Aktionspläne;
3. Erweiterung der Kompetenz der Akteure, soziale Ausgrenzung und Armut effektiv zu bekämpfen und innovative Ansätze zu fördern, insbesondere durch Vernetzung auf europäischer Ebene und Verstärkung des Dialoges mit allen Betroffenen, sowohl auf nationaler als auch regionaler Ebene.

Zweck und Zielsetzungen des Runden Tisches

Der Hauptzweck des Runden Tisches war es, das Programm im Kontext der übergeordneten Strategie zu beleuchten, die sozioökonomische Lage der EU in Bezug auf Armut und soziale Ausgrenzung zu analysieren, Herausforderungen und Chancen der Strategie zu bestimmen und sich auf die anstehende Erweiterung der EU vorzubereiten.

Dem Runden Tisch ist es gelungen, Informationen über den derzeitigen Stand der Strategie zusammenzutragen, wichtige Akteure auf europäischer Ebene zu versammeln (NRO und nationale EAPN-Netzwerke waren stark vertreten), den Dialog zwischen ihnen zu erleichtern, die politischen Entscheidungsträger und Praxisvertreter für den bis dahin erzielten Fortschritt zu

sensibilisieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, die bei der Erstellung der nächsten Pläne im Jahr 2003 hilfreich sein können. Einer der Beiträge kam von Menschen, die selbst von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, und befasste sich damit, wie sie die Armut wahrnehmen. Außerdem gab es ein Feedback zum Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, das im Dezember 2001 in Brüssel stattfand. Dieser Beitrag wurde von einem der Teilnehmer dieser Veranstaltung vorgetragen. (siehe Kasten auf S. 4).

Es ist noch ein weiter Weg...

Der Runde Tisch war äußerst wichtig, um feststellen zu können, welche Herausforderungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung noch vor uns liegen, und er fand zu einem bedeutenden Zeitpunkt statt: dem Beginn der Diskussion der Mitgliedstaaten über den Inhalt der zweiten Runde der NAP/Eingl, die bis Juli 2003 fertiggestellt werden sollen. Unter den Teilnehmern des Runden Tisches gab es keinen Zweifel, dass das Thema Armut und soziale Ausgrenzung eine der wichtigsten Herausforderungen der EU bleiben wird und dass mehr dafür getan werden muss, um die offene Koordinierungsmethode voranzubringen und sie mit mehr Inhalt auszufüllen, damit sie zu einem Instrument wird, das wirksame Maßnahmen auf diesem Gebiet wirklich unterstützt und verstärkt.

Die Teilnahme von Vertretern aus den Bewerberländern wurde sehr begrüßt, jedoch ist der Umfang, in dem diese Länder tatsächlich an dem Aktionsprogramm teilnehmen können, immer noch unzureichend. Wenn wir den Bewerberländern ein klares Signal geben wollen, sollte dies nicht nur in Terminen für den EU-Beitritt bestehen, sondern auch beinhalten, wie die dringendsten Probleme, sowohl in der EU als auch in den Bewerberländern, gemeinsam angegangen werden können.

EAPN hofft, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten die wichtigsten politischen Botschaften des Treffens, insbesondere auch bezüglich spezieller Fragen, in den kommenden Monaten sinnvoll nutzen werden. Trotz allem ist es noch ein weiter Weg, bevor die Bemühungen, "bis 2010 einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Armut zu leisten" Früchte tragen werden. Aarhus war der Auftakt für diesen Prozess und es hat sich gezeigt, dass zuhören und gehört werden die beste Möglichkeit ist, um zu lernen und voranzukommen.

Die Kommission bestätigte auf dem Treffen, dass der nächste Runde Tisch 2003 in Italien stattfinden wird und zwar wieder um den 17. Oktober herum, dem Weltarmutstag.

P. Brandellero

WORKSHOPS

Wichtige Erkenntnisse für die Politik und Herausforderungen für die zukünftigen NAP/Eingl

Der Zweck der verschiedenen Workshops, die bei dem Runden Tisch veranstaltet wurden, war es, mögliche Vorgehensweisen zu diskutieren und konkrete Erkenntnisse für die zukünftigen NAP/Eingl zu gewinnen. Es wurden auch vier Voraussetzungen für den Gesamterfolg der Europäischen Strategie diskutiert: **Notwendigkeit, die Sensibilität für den Prozess zu verstärken; quantifizierbare Ziele und Sozialindikatoren; Anwendung von Überwachungsmechanismen; und die Notwendigkeit, Geschlechterfragen durchgehend in alle Politikbereiche einzubeziehen ("mainstreaming").** Im folgenden wird eine Reihe von Schlüsselementen aus verschiedenen Workshops dargestellt.

Alle relevanten Akteure mobilisieren und die Sensibilität verstärken

1. Die Konsultation war bei der ersten Runde unzulänglich

Die NRO wurden zwar konsultiert, jedoch meistens nur in bezug auf die Analyse des Problems, aber nicht im Hinblick auf den Inhalt der politischen Maßnahmen und die Ressourcenverteilung. Außerdem wurden Menschen, die von Armut und Marginalisierung betroffen sind, nur selten in den Prozess einbezogen.

2. Alle relevanten Akteure, insbesondere Menschen, die Armut und Ausgrenzung erleben, sollten in den Prozess einbezogen werden.

Zu diesem Zweck wird es notwendig sein, neue Strukturen und Prozesse sowie eine rechtliche Grundlage für diesen Prozess zu schaffen, besonders auf nationaler Ebene.

3. Der Prozess der Mobilisierung wird nicht von selbst vonstatten gehen, sondern muss mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden

Zu diesem Zweck wurden vier Arten von Ressourcen genannt, die notwendig sind: ein verbesserter Informationsfluss, mehr Zeit, mehr Geld und mehr politischer Wille. Es muss erkannt werden, dass einige Menschen nicht teilnehmen können, wenn ihnen keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Kosten für Reise und Verpflegung und sonstige Kosten zu decken. Außerdem müssen die Entscheidungsträger auf allen Ebenen mehr Engagement zeigen.

4. Es muss Klarheit darüber herrschen, was Mobilisierung bedeutet

Die Mobilisierung – ein alles andere als einfaches und klares Ziel – ist ein komplexer Prozess. In den Workshops wurden drei verschiedene, kumulative Stadien unterschieden:

- Das erste Stadium ist die Konsultation, die unterste Stufe der Mobilisierung.
- Partizipation ist eine entwickeltere Form der Mobilisierung.
- Partnerschaft ist die höchste Stufe der Mobilisierung. Es kann von Partnerschaft gesprochen werden, wenn die Macht zwischen allen Beteiligten aufgeteilt ist.

5. Bei der nächsten Runde muss die Mobilisierung eine Priorität sein

Bei der ersten Runde der NAP/Eingl spielte die Mobilisierung gegenüber den anderen drei Zielsetzungen nur eine untergeordnete Rolle. Die Mobilisierung muss einen ähnlichen Stellenwert wie die anderen Zielsetzungen bekommen, sowohl was den Prozess als auch das Ergebnis angeht.

Durch Überwachung und Bewertung die Wirkung politischer Maßnahmen verbessern

1. Politische Fragen und politische Führung

Die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist mehr als ein rein technischer Vorgang. Sie ist im wesentlichen eine Angelegenheit der Politik und der Politiker, die sich beispielsweise mit den folgenden Aspekten befassen müssen:

- Engagement für eine gerechte Verteilung von Einkommen statt Beschränkung auf die

- Bereitstellung von Sicherheitsnetzen;
- Engagement für die Schaffung von mehr qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen;
- Engagement für den Zugang zu Grundrechten für alle.

Wenn wir den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gewinnen wollen, brauchen wir eine politische Führung, die diese Herausforderung ernst nimmt.

2. Engagement der Öffentlichkeit

Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sollte Gegenstand einer breiten öffentlichen Diskussion sein. Er sollte ein Thema von zentralem Interesse für die Medien sein, die eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Öffentlichkeit zu erreichen und öffentliches Engagement herbeizuführen. Ein Teil der Energie, die zur Voranbringung der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung benötigt wird, sollte für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit verwendet werden.

3. Was soll durch Überwachung und Bewertung erreicht werden?

Laut den Ergebnissen des Workshops können Bewertung und Überwachung folgendes leisten:

- Beantwortung der Frage, ob der NAP/Eingl-Prozess das Leben der Millionen Menschen in der EU, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, tatsächlich verändert hat.
- Überwachung und Bewertung sollten eine längerfristige Perspektive auf die Wirkungen von umgesetzten Maßnahmen bzw. auf das Versäumnis, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, ermöglichen.
- Einbeziehung aller geeigneten Akteure in den Prozess.
- Die Bewertung sollte qualitativer Natur sein; rein quantitative Daten liefern kein angemessenes Bild der Lage.
- Konzentration auf den Erfolg politischer Maßnahmen.
- Der politische Ansatz sollte auf erwiesenen Kenntnissen gegründet sein.
- Schließlich sollten Überwachung und Bewertung zu einer verbesserten Politik beitragen.

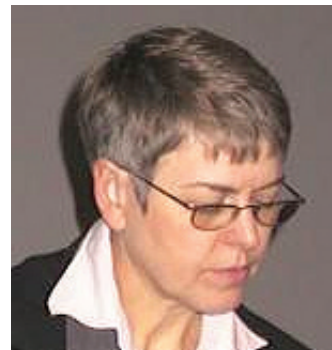
4. Leitlinien der Kommission für die zweite Runde der NAP Eingliederung

Die folgenden Punkte sollten in diese Leitlinien aufgenommen werden. Die Pläne sollten:

- klare Zielsetzungen und Indikatoren enthalten,
- festlegen, welche Daten für die Analyse der Wirkungen des Plans verwendet werden sollen,
- klare Strukturen für die Überwachung und Bewertung vorgeben und deutlich machen, wie die verschiedenen Akteure in diesen Prozess einbezogen werden und welche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden,
- Informationen enthalten bezüglich des "Mainstreaming" des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung und zur Frage, wie die Pläne mit den notwendigen Haushaltsprozessen verbunden werden,
- die Rolle der nationalen Parlamente in der Strategie festlegen,
- die erforderlichen Ressourcen nennen, um die Beteiligung aller relevanten Akteure bei der Umsetzung, Überwachung und Bewertung des Plans zu gewährleisten.

Bereich 5: Erweiterung

Ein Aspekt der Herausforderung, die sich durch **3**



"Die nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung sollten nicht nur als ein netz verpackter Bericht gesehen werden, um in Brüssel Punkte zu machen, sondern vielmehr als ein Schlüsseldokument für die Förderung der Integration nationaler Politiken zur Bekämpfung von Armut. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die NAP auch eine Haushaltsdimension bekommen, denn es besteht die Gefahr, dass es die Bedürftigsten unter uns sein werden, die am meisten von den Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und der sozialen Absicherung betroffen sind."

Als Reaktion darauf, was wir in den vergangenen zwei Tagen gehört haben, wird die Kommission mit dem Ausschuss für Sozialschutz zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Überprüfung der gemeinsamen Zielsetzungen so schnell wie möglich abgeschlossen wird. Wir werden uns bemühen, deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass die nationalen Pläne konkrete Ziele haben, dass die geschlechtsspezifische Dimension gestärkt wird und dass auf die besonderen Probleme, die Immigration und Diskriminierung aus ethnischen Gründen mit sich bringen, aufmerksam gemacht wird (...).

Bei der Fortsetzung des Prozesses der sozialen Eingliederung wird die Kommission mit dem Ausschuss für Sozialschutz zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die soziale Eingliederung vollständig in die wirtschaftliche und soziale Strategie der Union zu integrieren. Nur so können wir unser Ziel erreichen, einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu leisten und ein Europa zu schaffen, das von einem echten Zusammenhalt geprägt ist."

Gabrielle Clotche, Direktorin der GD EMP/E, Europäische Kommission Abschlussrede, Aarhus, 18.10.2002

KURZNACHRICHTEN

Treffen des Rates "Beschäftigung und Sozialpolitik" vom 2.-3. Dezember

Der Rat wird sich eingehend damit beschäftigen, wie die Prozesse der jährlichen Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gestrafft werden können. Anmerkung: Die Überprüfung der Zielsetzungen im Hinblick auf die Erstellung der zweiten Runde der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingl) steht ebenfalls auf der Tagesordnung dieses Treffens.

Frauen ab 65 sind der Gefahr der Verarmung stärker ausgesetzt als Männer

1997 hatten 22% der Frauen dieser Altersgruppe ein Einkommen von weniger als 60% des medianen Einkommensniveaus in dem betreffenden Land, jedoch nur 17% der Männer und 15% der unter 65-Jährigen. In Griechenland, Portugal und im Vereinigten Königreich hatten mehr als ein Drittel der Personen ab 65 Jahren ein Einkommen, mit dem sie der Gefahr der Verarmung ausgesetzt waren, während der entsprechende Anteil in Dänemark bei über einem Viertel lag. In den Niederlanden, Schweden und Finnland hingegen lag der Anteil bei unter 10%.

Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen, Thema 3 – 21/2002, "Frauen und Männer nach dem Eintritt in den Ruhestand", verfügbar auf der Eurostat-Website: <http://europa.eu.int/eurostat.html>

Nationaler Strategiebericht zur Altersrente

Die EU-Mitgliedstaaten haben der Kommission kürzlich ihre nationalen Strategieberichte zur Altersrente vorgelegt, im Rahmen einer offenen Koordinierungsmethode. Ein gemeinsamer Bericht der Kommission und des Rates soll beim europäischen Frühjahrsrat im März 2003 angenommen werden.

Diese Berichte sind verfügbar unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/pensions/index_en.htm

"Unsere Stimme muss gehört werden"

"Mein Name ist Anke van der Vliet. Ich lebe in den Niederlanden, in Amsterdam. Ich lebe schon seit langem von Sozialhilfe (Mindesteinkommen). Dies ist der Grund, weshalb ich schrittweise verarmt bin, in einer Situation, in der man nicht mehr vollständig an der Gesellschaft teilhaben kann und sozial ausgegrenzt wird. Diese Situation gefährdet die Gesundheit und – zur Zeit – bin ich nicht mehr in der Lage, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Wie meine Zukunft aussieht? Jahrelang in Armut leben..."

Dies ist das zweite Mal, dass ich an einer Veranstaltung teilnehme, die von der Europäischen Kommission zusammen mit dem Land veranstaltet wird, das die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat. Meine erste Veranstaltung war das europäische Treffen von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind - "We also participate in Europe" [Auch wir haben an Europa teil] - das im Dezember 2001 stattfand und in Zusammenarbeit mit der belgischen Regierung im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft organisiert wurde.

Es war eine aufregende Erfahrung, etwas über die Situation von Menschen aus ganz Europa, ihren Kampfgeist und die Solidarität zu erfahren und zu sehen, dass Armut und Ausgrenzung – in welchem Land sie auch entstehen – immer dieselben Auswirkungen auf die Betroffenen haben. Es wurde auch deutlich, dass es überall Frauen und Kinder sind, die am verletzlichsten sind.

Ich nahm an einem Workshop zum Thema Einkommen teil. Wir tauschten Erfahrungen aus und entwickelten gemeinsam Empfehlungen für die Schlussklärung:

- Ein ausreichendes Einkommen ist ein wesentlicher Faktor, um aus der Armut und der sozialen Ausgrenzung herauszukommen. Der Anspruch auf und der Zugang zu Leistungen muss ein bedingungsloses Recht sein.
- Ein Mindesteinkommen muss vier Bedingungen erfüllen: die Grundbedürfnisse aller Familienmitglieder befriedigen; Wahlmöglichkeiten zulassen; Unabhängigkeit in der Verwendung der Leistungen gewährleisten; und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.
- Die Politik der "Aktivierung zur Arbeit" ist ein möglicher Weg, aber bei der Erfüllung von Rechten und Pflichten muss die eigene Wahl der Rechten respektiert werden. Außerdem ist Aktivierung zur Arbeit ein zu engerfasster Ansatz. Engagement für Freiwilligen-Arbeit muss berücksichtigt und respektiert werden.
- Beschäftigung darf nicht mit Beschränkungen oder Zwängen verbunden werden. Bildung und Ausbildung sollte zu einem festen, passenden und angemessen bezahlten Arbeitsplatz führen. Freiwilligen-Arbeit muss als Instrument zur Förderung der sozialen Eingliederung anerkannt werden.

Diese Konferenz ermöglichte uns, wirklich teilzuhaben. Wir waren Teil Europas und endlich einmal nicht ausgegrenzt. Die Veranstaltung gab uns die Gelegenheit, unserer Stimme Gehör zu verschaffen, der Stimme von Menschen, deren Erfahrungen sie zu Experten auf dem Gebiet der Armut und sozialen Ausgrenzung machen."

Anke van der Vliet, EAPN Niederlande
Aarhus, 17.10.2002

die Erweiterung stellt, wird sein, den relevanten Akteuren in den bestehenden Mitgliedstaaten zu ermöglichen, mit den relevanten Akteuren in den zukünftigen Mitgliedstaaten zusammenzutreffen. In der Verhandlungsphase wurde diesem Aspekt bedauerlicherweise nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist entscheidend, dass dieses Versäumnis in den kommenden Monaten und Jahren korrigiert wird.

Bereich 6: der globale Kontext

Eine Auswirkung der Globalisierung - wie sie sich derzeit darstellt - ist, dass sie zu mehr Armut und Ausgrenzung führt. Die Erkenntnisse aus der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung sollten sich in dem Beitrag der EU zur Diskussion über die Globalisierung widerspiegeln.

Förderung des Zugangs zu angemessenen Wohnverhältnissen für alle

Die Wohnungspolitik muss in der europäischen Politik der sozialen Eingliederung eine Schlüsselrolle spielen. Es wurde deutlich gemacht, dass die soziale Rolle der Wohnungspolitik in allen europäischen Politikbereichen gewährleistet sein muss. Der Präsident der FEANTSA (Europäische Föderation Nationaler Obdachlosenorganisationen), Thomas Specht-Kittler, betonte die Notwendigkeit, Indikatoren für Wohnverhältnisse und Obdachlosigkeit zu entwickeln - eine Aufgabe, die den Mitgliedstaaten letztes Jahr in Laeken zwar gestellt, aber noch nicht erfüllt wurde.

Es wurde eine Reihe nützlicher Beispiele bewährter Verfahren genannt: die schottische Task Force Obdachlosigkeit, der es gelungen ist, einen repräsentativen Ausschuss zu bilden, der sich für die Schaffung neuer und geeigneter gesetzlicher Grundlagen einsetzt; die Arbeit der finnischen "Y-Foundation", die sozial gemischten Wohnraum zur Verfügung stellt; die Partnerschaften zwischen Wirtschaftsverbänden und Verbänden des sozialen Wohnungsbaus in Köln, deren Ziel die Vermeidung von Ausgrenzung ist. Es bestand ein allgemeiner Konsens darüber, dass die EU auf diesem Gebiet einen wichtigen Beitrag leisten kann, insbesondere wenn sie ernsthaft bestrebt ist, ihre Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung umfassend und wirksam zu gestalten.

Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut

1. Die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut zu einer speziellen Priorität machen

Ein beträchtlicher Teil der Armut wird von einer Generation zur nächsten weitervererbt. Darüber hinaus bringt die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, der Rolle der Familie und des Arbeitsmarkts neue Risiken mit sich.

2. Spezielle Risikogruppen bestimmen

Allgemeine Statistiken, die nur auf dem Einkommen beruhen, verschleiern die Komplexität dieses Problems. Wir müssen einen Schritt weitergehen und spezielle Gruppen von Kindern bestimmen, die besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, z.B. Kinder aus ethnischen Minderheiten, Kinder mit alleinerziehenden Eltern, behinderte Kinder etc.

3. Hohe Sozialausgaben und umfassende Politik

Die Kinderarmut ist in denjenigen Ländern am geringsten, die die höchsten Sozialausgaben für Kinder und Familien haben. Geld ist zwar notwendig, reicht aber nicht aus. Familienpolitik

muss ein adäquates Einkommen für Familien mit Kindern sicherstellen (sowohl durch finanzielle Unterstützung als auch durch einen verbesserten Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen), den Zugang zu Bildung und die Rolle der Schulen verbessern sowie den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Wohnraum, aber auch zu Kultur, Sport und Erholung, sicherstellen.

4. "Empowerment" von Frauen

Politiken, die die Gleichstellung von Männern und Frauen unterstützen und die Handlungskompetenzen von Frauen verbessern, sind auch für die Bekämpfung der Kinderarmut von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört u.a. die Verbesserung des Zugangs zu sicheren, flexiblen und angemessen bezahlten Arbeitsplätzen für Mütter, gute und bezahlbare Kinderbetreuung sowie die Teilung der Verantwortung zwischen Männern und Frauen.

5. Kinder aus Einwandererfamilien besonders berücksichtigen

Die nächste Runde der nationalen Aktionspläne sollte sich diesem Thema speziell annehmen, Entwicklungen auf diesem Gebiet verfolgen und sicherstellen, dass geeignetere Informationen zu diesem Thema gesammelt werden. Politische Maßnahmen müssen insbesondere auf die Rolle der Schulen und anderen Institutionen gerichtet werden, damit sie zu einem dynamischen, multikulturellen Umfeld werden.

6. Das Thema Kinder- und Familienarmut bei den nächsten NAP systematischer angehen

Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten eine klare Orientierung brauchen, wie sie Kinderarmut bekämpfen können, dass die Rechte der Kinder herausgestellt werden müssen und dass sichergestellt sein muss, dass Indikatoren und Ziele die Position der Kinder adäquat widerspiegeln.

7. Der lokalen Ebene und der Qualität der Programme Vorrang einräumen

Die Programme müssen auch auf lokaler Ebene in einer koordinierten, flexiblen und verantwortungsvollen Weise durchgeführt werden, wobei die Kinder im Mittelpunkt stehen und kulturelle und symbolische Barrieren berücksichtigt werden müssen.

Zweites Europäisches Treffen von Menschen, die Armut und soziale Ausgrenzung erleben

Im Rahmen der belgischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahre 2001 und auf eine Initiative des belgischen Ministers für Haushalt, soziale Integration und Sozialwirtschaft, Johan Vande Lanotte, hin, fand am 1. und 2. Dezember 2001 ein Treffen mit dem Titel "We also participate in Europe" [Auch wir haben an Europa teil] in Brüssel statt. Das Ziel des Treffens war es, einen Beitrag zum Prozess der sozialen Eingliederung zu leisten, der im März 2000 durch den Europäischen Rat von Lissabon eingeleitet wurde.

Das Hauptziel des Treffens war es, einen direkten Dialog zwischen denjenigen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und den Entscheidungsträgern und Organisationen, die mit ihnen und für sie in der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung tätig sind, anzuregen. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass die Teilhabe von Menschen, die Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind, "eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung eines Dialogs ist; einen Mehrwert an Demokratie bringt" und erreicht wird, "indem anerkannt wird, dass verletzte Gruppen sich in den sie betreffenden Angelegenheiten auskennen" und "indem Einfluss genommen wird, und zwar bereits zu Beginn des Entscheidungsprozesses, sobald Ideen im Entwurf vorliegen, während der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und schließlich während des Bewertungsprozesses."

Das belgische Ministerium für soziale Integration wird 2003 in Zusammenarbeit mit EAPN ein zweites, ähnliches Treffen organisieren.

Zehn neue Mitgliedstaaten bis 2004!

Am 9. Oktober 2002 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre regelmäßigen Berichte über die 13 Bewerberländer sowie ein Strategiepapier mit dem Titel "Auf dem Weg zur erweiterten Union" (*). Laut der Kommission beinhalten die Berichte drei wichtige Aussagen:

- Die Heranführungsstrategie der Union hat sich bewährt. Der Umstellungsprozess in den Bewerberländern wurde mit Aussicht auf die Erweiterung erheblich beschleunigt.
- Die Beitrittsverhandlungen, die sich auf die Grundsätze der getrennten Bewertung der jeweiligen Fortschritte, der Differenzierung und des Aufholens von Rückständen stützen, können mit den meisten Bewerberländern bis Ende 2002 abgeschlossen werden. Die Vorbereitungen auf die Erweiterung werden fortgesetzt.
- Die Erweiterung ist ein umfassender Prozess, der mit der ersten Beitrittsrunde noch nicht abgeschlossen ist. Die Europäische Union garantiert den gegenwärtigen Bewerberländern, die an der nächsten Erweiterungsrunde noch nicht teilnehmen können, weiterhin volle Unterstützung.

Und die Auserwählten sind...

Auf dieser Grundlage geht die Kommission davon aus, dass zehn Länder (Ungarn, Polen, Estland, Litauen, Lettland, Slowenien, die Tschechische Republik, die Slowakei, Malta

und Zypern) ab Anfang 2004 bereit für die EU-Mitgliedschaft sein werden. Die Kommission wird Bulgarien und Rumänien in ihrem Ziel unterstützen, der EU im Jahr 2007 beizutreten. Was die Türkei angeht, empfiehlt die Kommission "eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU".

Nachdem das potentielle Hindernis einer Ablehnung Irlands des Nizza-Vertrags aus dem Weg geräumt war, stimmten die Staats- und Regierungsoberhäupter beim Europäischen Rat am 24. und 25. Oktober in Brüssel der Bewertung der Kommission zu. Die Beitrittsverhandlungen mit den zehn Bewerberländern sollen daher beim Europäischen Rat in Kopenhagen am 12. und 13. Dezember diesen Jahres förmlich abgeschlossen werden.

Referenden über die Mitgliedschaft

Am 11. Oktober, nachdem die Kommission ihre "Auserwählten" veröffentlicht hatte, kündigte der ungarische Premierminister Peter Medgyessy an, dass seine Regierung am 15. März 2003 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft abhalten werde. Weitere Referenden werden von April bis Juni 2003 in der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei stattfinden.

V.F.

(* Das Strategiepapier 2002 - Ref. KOM (2002) 700 endg. - sowie die regelmäßigen Berichte über die einzelnen Bewerberländer sind auf der "Erweiterungs"-Website der Kommission verfügbar URL: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/>

EU-ERWEITERUNG

Surfen Sie zu uns unter...

www.eapn.org

Eine einzigartige Website über die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa!

Preisniveau und Kaufkraft in den Bewerberländern

Wie hoch ist das reale Einkommen der Verbraucher in den Bewerberländern? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, da sie von der Vergleichbarkeit der zugrundegelegten Daten abhängt. Um ein vergleichbares Bild zu erhalten, müssen die Preisunterschiede in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden, und zwar mithilfe von Kaufkraftparitäten (KKP), mit denen die jeweilige nationale Währungseinheit in eine gemeinsame Referenzwährung umgerechnet wird (Kaufkraftstandard - KKS). Jede dieser Referenzwährungseinheiten besitzt die Kaufkraft, um in einem bestimmten Jahr in jedem Land dieselbe Menge an Gütern und Dienstleistungen zu erwerben. Durch diese Umrechnung wird ein internationaler Vergleich möglich.

Schaubild 1 - Preisniveauindex für Lebensmittel, Getränke und Tabak - 2001 (EU 15 = 100)

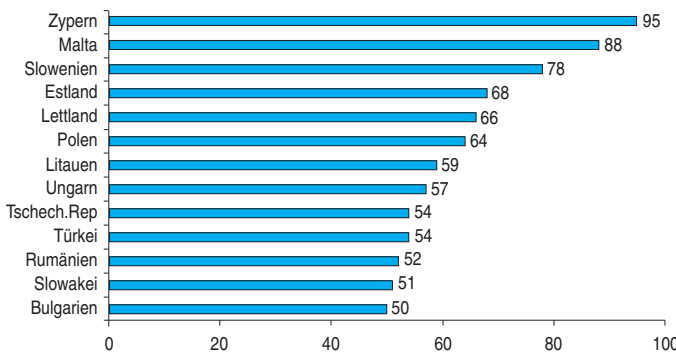
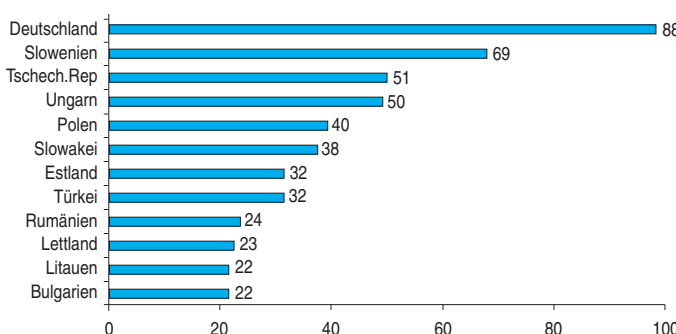


Schaubild 2 - Verfügbares Einkommen pro Kopf in Kaufkraftstandards (Ende 2001) (Deutschland = 100)



Quelle: Eurostat, Statistik kurz gefasst, Wirtschaft und Finanzen, Thema 2 - 42/2002: "Essen, Trinken, Rauchen, Vergleich des Preisniveaus in den EU-, EFTA- und Beitrittsländern im Jahr 2002", verfügbar auf der Eurostat-Website: <http://europa.eu.int/eurostat.html>

Das verfügbare Einkommen pro Kopf wird mit dem Preis für Güter und Leistungen verglichen. Zum Vergleich wird Deutschland mit 100 veranschlagt. Dies bedeutet z.B., dass die Ungarn (Index=50) eine um 50% geringere Kaufkraft haben als die Deutschen (Index=100)

Quelle: GfK Marktforschungsinstitut Nürnberg, Website: www.gfk.com. Für Malta und Zypern liegen keine Zahlen vor.

Die Wichtigkeit der Rechte: die Erfahrung der mittel- und osteuropäischen Länder

Die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) haben auf schmerzliche Weise erfahren müssen, wie wichtig Rechte sind. Der autoritäre (sozialistische) Staat war "paternalistisch" im doppelten Sinne des Wortes. Die Politik der Bevormundung hatte eine fürsorgliche Seite: sie war (wie vielen jetzt erst bewusst wird) familien- und frauenfreundlich und arbeiterfreundlich (z.B. führte Ungarn 1967 ein Erziehungsgeld ein, das es Eltern ermöglichte, zwei, später sogar drei Jahre zuhause zu bleiben). Es gab ein (fast) universelles Leistungsangebot, das auch Gesundheitsversorgung und Bildung umfasste.

Aber die staatliche Bevormundung hatte auch eine strenge Seite, den Autoritarismus, der immer noch spürbar war, auch nachdem die Diktatur abgemildert worden war. So betrachtet gab es in den MOEL also ein größeres Maß an sozialen Rechten, während Bürgerrechte und politische Rechte nur theoretisch bestanden: Rechte, die nur auf dem Papier bestanden, konnten in der Praxis missachtet werden. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob man ohne die grundlegenden Bürgerrechte und politischen Rechte überhaupt von sozialen Rechten sprechen kann, denn die einen können nur durch die anderen garantiert werden. Nichtsdestotrotz gab es eine breit angelegte gesetzliche soziale Absicherung.

Die begrenzten Bürgerrechte bedeuteten, dass die Zivilgesellschaft praktisch nicht existierte. Folglich gab es keine echte Teilhabe der Bürger an der Politik, außer dass sie bei den Wahlen ihre Stimme abgaben, was ebenfalls nur ein formaler Akt darstellte. In bezug auf die Sozialpolitik bedeutete dies, dass der Staat definierte, welche Bedürfnisse relevant waren und welcher Teil des BSP für diese Bedürfnisse und für die Institutionen und Instrumente der Sozialpolitik verwendet wurde. Sozialleistungen mussten nicht erkämpft oder eingefordert werden, sondern man bekam sie quasi vom Staat "geschenkt". Es gab auch keine zivile Kontrolle der Umsetzung von Maßnahmen. Dadurch wurde die Legitimität des Systems der sozialen Sicherheit geschwächt und die Bemühungen der Bürger, es zu schützen, unterminiert.

Die Auswirkungen des Übergangs zum Kapitalismus

Während des Regimewechsels entstanden zwei parallele Trends. Der eine war der weltweite Siegeszug des Neoliberalismus, der 1990 seinen Höhepunkt erreichte. Das Programm der Marktliberalisierung beinhaltete sowohl die Zerstörung öffentlicher Wohlfahrtssysteme im Namen der Wahlfreiheit als auch die Schwächung der Arbeitnehmerrechte, um den Arbeitsmarkt zu liberalisieren. Der zweite Trend entstand in den Ländern, in denen ein Regimewechsel stattfand. In diesen Ländern traten bis dahin unterdrückte Interessen an die Oberfläche, um sich Gehör zu verschaffen. Die neue demokratische Politik bot die Möglichkeit, sie auch durchzusetzen. Eines der am meisten unterdrückten Interessen hatte mit der Beschränkung von Eigentum und Wohlstand zu tun. Diese sehr starken Interessen machten sich die neuen Freiheiten äußerst erfolgreich zunutze, um Besitztümer zu erwerben.

Ich glaube, die beiden Prozesse verstärkten sich gegenseitig. Sie haben zu einer ungleicheren Verteilung des BSP, weitgehender Privatisierung und Marktorientierung geführt. Die Folgen sind Massenarbeitslosigkeit, Verarmung eines Großteils der Bevölkerung, Verschlimmerung der Armut, Abbau und Veränderung der Wohlfahrtssysteme und steigende Unsicherheit im täglichen Leben. Die Institutionen und Leistungen des Wohlfahrtsstaates waren "Geschenke" und wurden deshalb nicht als hart errungene Siege gesehen und geschätzt. Daher schützte die sich bildende Zivilgesellschaft nicht einmal das, was schützenswert gewesen wäre. Zwar bestehen die wichtigsten Einrichtungen der sozialen Sicherheit noch und es gibt jetzt Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, jedoch gab es fast überall Kürzungen. Außerdem gibt es in den meisten Ländern kein Mindesteinkommen, das akzeptable Lebensbedingungen für die Menschen sicherstellen würde.

Tabelle 1 zeigt die zunehmenden Einkommensungleichheiten in Ungarn. Der Multiplikator zwischen dem Durchschnitt des oberen und unteren Einkommen-Dezils lag vor 1989 zwischen 4 und 5 und fast bei 10 im Jahr 2000. Dabei ist Ungarn eines der Länder, die sehr früh mit den Reformen begonnen haben und dem es (neben Polen und der Slowakei) noch verhältnismäßig gut geht.

Tabelle 2 zeigt, dass - nach der subjektiven Bewertung der Menschen - sich die Situation in den östlicheren und südlicheren Ländern (Rumänien, Bulgarien und Russland) in einem viel stärkeren Ausmaß verschlechtert hat.

Die am stärksten betroffenen Gruppen sind in allen Transformationsländern Menschen ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Eltern und andere schwache Gruppen. In Ländern, in denen es große Roma-Minderheiten gibt, sind in den meisten Fällen Zigeuner die am stärksten Betroffenen (siehe **Tabelle 3**).

Der EU-Beitritt und die Armut

Die folgenden Tabellen zeigen die wachsenden Ungleichheiten und die zunehmende Armut.

Tabelle 1. Einkommen, Ungleichheitsindices, 1972-1997

Index	1972	1977	1982	1987	1995	1997
Verhältnis zwischen höchstem und niedrigstem Dezil	5.0	4.1	3.8	4.6	7.5	9.2
Gini-Index	0.23	0.21	0.21	0.24	0.30	0.32

Quelle: Central Statistics Office Income Survey data, in E. Havasi (2002) Poverty and Exclusion in Contemporary Hungary. Im Druck befindlich.

Tabelle 2. Armut in den Jahren 1988 und 2000 in sechs osteuropäischen Ländern (Auswahl aus der allgemeinen Bevölkerung)

Jahr	sehr arm, in %	arm, in %	nicht arm, in %
BULGARIEN			
1988	2	13	85
2000	16	50	34
UNGARN			
1988	2	10	88
2000	6	21	73
POLEN			
1988	3	17	80
2000	5	24	71
RUMÄNIEN			
1988	5	25	70
2000	16	45	39
RUSSLAND			
1988	2	25	73
2000	7	68	25
SLOWAKEI			
1988	1	14	85
2000	5	25	70

Quelle: János Ladányi und Iván Szélényi (2002), "The Nature and Social Determinants of Roma Poverty - a Cross-National Comparison", Manuskript. (Größe der Auswahlgruppe: ca. 1000, in Russland 2000)

Tabelle 3. Einfluss der Roma-Herkunft auf das Betroffensein von Armut in den Jahren 1988 und 2000 in drei osteuropäischen Ländern

Jahr	Auswahlgruppe	sehr arm	arm	nicht arm	
BULGARIEN	1988	nicht-Roma	1	7	92
		Roma	15	24	61
	2000	nicht-Roma	14	38	48
		Roma	67	27	6
UNGARN	1988	nicht-Roma	2	3	94
		Roma	7	9	84
	2000	nicht-Roma	6	11	83
		Roma	21	28	51
RUMANIEN	1988	nicht-Roma	5	13	82
		Roma	17	17	66
	2000	nicht-Roma	16	27	57
		Roma	52	23	25

Quelle: siehe Tabelle 2.

In der Zeit zwischen diesen Jahren vergrößerte sich der Abstand zwischen der EU und den MOEL, obwohl er bereits vor der Umstellung ziemlich erheblich war. Mitte der neunziger Jahre war die Armutsrate in den meisten MOEL weitaus höher als in der EU.

Tabelle 4. BSP pro Kopf und relative Armut in den MOEL

Land	Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in PPP (1999)	% der Menschen, die unterhalb des Durchschnittsverbrauchs der EU leben (ca. 1995)
Beitrittsländer		
Slowenien	9890	30
Tschechische Republik	5060	55
Ungarn	4650	73
Polen	3960	74
Estland	3480	79
Rumänien	1520	80
Litauen	2620	81
Slowakei	3590	82
Bulgarien	1380	90
Lettland	2470	92
Länder mit hohem Einkommen (EU 15)	25730	17
Oberer und unterer Extremwert bei der Armutsrate :		
Portugal	10600	33
Dänemark	32030	7

Quelle: BIP: Weltentwicklungsbericht 2000/2009; Attacking Poverty. Weltbank 2000. Armutsraten: Piachaud, D, Poor relations. The Guardian, 1 Dez 2000, basierend auf OECD-Daten.

Tabelle 4 vergleicht die Armutsraten in der EU und den MOEL in Bezug auf EU-Verhältnisse, d.h. der Prozentsatz der Menschen, deren Verbrauch unterhalb 50% des EU-Durchschnitts lag. Natürlich ist dieser Maßstab im jeweiligen nationalen Kontext diskutierbar. Tatsächlich ist es so, dass jedes Land andere Maßstäbe für Armut hat.

Tabelle 5. Maßstäbe für Armut in Ungarn um das Jahr 2000, Raten sind auf volle Prozent gerundete Schätzungen

Unterhalb 50% des nationalen Durchschnitts	12-15%
Unter 2 USD pro Tag	15%
Unter 4 USD pro Tag	60%
Unterhalb 50% des Durchschnitts im Jahr 1989	70%
Unterhalb 50% des europäischen Durchschnitts	73%

Tabelle 5 zeigt, wie verschieden diese Maßstäbe in Ungarn sind. Es gibt keinen "richtigen" oder "falschen" Maßstab, sondern die Zahlen zeigen die Realität unter verschiedenen Aspekten.

Das Gefälle zwischen der EU und Ungarn ist groß, wobei dies natürlich eine sehr abstrakte Darstellung ist.

Die Tabellen 6a, 6b und 6c zeigen, was Armut für das tägliche Leben der Betroffenen bedeutet und was sich die Menschen für sich und ihre Kinder leisten können. In Ungarn gibt es zwar kaum Hunger, aber viele andere Entbehrungen. Beispielsweise ist es für ein Drittel der von Armut betroffenen Menschen schwierig, ihre Wohnungen zu heizen, sie können sich nur selten neue Jacken leisten und für die meisten kommt nicht einmal eine kurze Urlaubsreise pro Jahr in Frage. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der Kinder scheint zwar gesichert zu sein, aber das reicht nicht aus. Neue Schuhe oder Urlaubsreisen sind Luxus und nur wenige Eltern können es sich leisten, ihren Kindern außerschulische Bildung zukommen zu lassen, durch die sie die Chancen für ihr späteres Leben verbessern könnten (z.B. Fremdsprachen). Viele Gruppen sind aufgrund unbefriedigter Bedürfnisse und schlechter Wohnverhältnisse von Ausgrenzung bedroht. Wie Tabelle 6 zeigt, stellen die Roma eine besonders verletzte Gruppe dar.

KURZNACHRICHTEN

Konferenz der Kommission zum Thema Sozialschutz in den Bewerberländern

Die Europäische Kommission veranstaltet am 5. und 6. Dezember in Brüssel eine Konferenz mit dem Titel "The modernisation of social protection in Candidate Countries: new opportunities and challenges for the European Union". Die Modernisierung des Sozialschutzes in den Bewerberländern: neue Chancen und Herausforderungen für die Europäische Union. Das Ziel der Konferenz ist, die Erkenntnisse einer Studie, die von der GD EMPL in Auftrag gegeben wurde und die Sozialschutzsysteme der 13 Bewerberländer und ihre Situation in den Bereichen Altersrente, Gesundheit und soziale Ausgrenzung vor dem EU-Beitritt zum Gegenstand hat, weiterzugeben und zu diskutieren. Die Konferenz wird sich nicht nur mit den Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt befassen, die sich diesen Ländern im Zuge ihres EU-Beitritts stellen werden, sondern auch mit den Auswirkungen der Erweiterung auf die Sozialschutzsysteme der bestehenden EU-Mitgliedstaaten. Die Konferenz wird auch eine Gelegenheit für eine Diskussion darüber sein, wie die zukünftigen Mitgliedstaaten in die Kooperationsmechanismen, die sich seit dem Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 entwickelt haben, eingebunden werden können.

Iren nehmen den Nizza-Vertrag an

Am 19. Oktober nahmen die Iren den Nizza-Vertrag in einem Referendum an, und zwar mit 62% zu 38% der Stimmen. Der Vertrag war im Juni 2001 abgelehnt worden. Sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Vertrages waren für die EU-Erweiterung. Die Gegenseite argumentiert jedoch, dass der Vertrag die militärische Neutralität Irlands unterminieren und die Macht von den kleinen auf die großen Länder übertragen würde.

Eine Verfassung für die EU?

Es scheint einen breiten Konsens darüber zu geben, dass die EU einen Verfassungsvertrag oder eine Verfassung braucht, die die bestehenden Verträge vereinfacht. Der Konvent über die Zukunft Europas legte auf der Plenarsitzung am 28. Oktober den ersten Verfassungsentwurf vor. Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Konvents unter: <http://european-convention.eu.int/>

Tabelle 6a. Prozentsatz der ungarischen Haushalte mit niedrigem Einkommen, in denen die Erwachsenen über bestimmte Dinge verfügen (bzw. sich leisten können) (Auswahlgruppe ILO-POV)

	In der gesamten Auswahlgruppe	Im unteren Drittel	Im oberen Drittel	In Dörfern	Wenn Roma im Haushalt leben
Mindestens eine warme Mahlzeit am Tag	97	94	99	97	92
Kühlschrank	90	84	91	88	76
Waschmaschine	91	84	96	89	79
Heizung im Winter	82	76	88	83	69
Weihnachtsgeschenke, -essen	75	60	85	74	56
Geld für notwendige Verkehrsmittel	63	54	76	77	47
Kreditkarte	51	33	70	48	28
Mindestens jeden zweiten Tag Fleisch	49	43	57	54	34
Hausversicherung	41	23	59	42	13
Reisepass	29	22	40	28	9
Warme, neugekaufte Winterjacke	20	14	24	24	10
Erwachsene, die mind. einen einwöchigen Urlaub haben	6	4	9	6	2

Tabelle 6b. Prozentsatz der ungarischen Haushalte mit niedrigem Einkommen, in denen allen Kinder über bestimmte Dinge verfügen (bzw. Zugang zu ihnen haben)

	In der gesamten Auswahlgruppe	Im unteren Drittel	Im oberen Drittel	In Dörfern	Wenn Roma im Haushalt leben
Warme Winterkleidung	96	91	100	96	88
3 Paar Unterwäsche	95	97	97	96	91
3 Mahlzeiten am Tag	94	98	97	95	95
Bettwäsche	94	98	97	97	91
Sonntagskleider	90	85	93	92	76
Eigene Bücher	85	74	91	82	63
Mindestens einmal am Tag Obst (einschl. Schulumahlzeiten)	81	72	88	84	71
Mindestens ein Fahrrad (neu oder gebraucht)	73	66	80	79	48
2 neugekaufte Paar Schuhe	59	55	64	63	44
Mindestens eine Woche Ferien	22	18	26	23	10

Tabelle 6c. Prozentsatz der ungarischen Haushalte mit niedrigem Einkommen, in denen die Schulkinder bestimmte Dinge haben (oder Zugang zu ihnen haben)

Alle Schulkinder haben:	In der gesamten Auswahlgruppe	Im unteren Drittel	Im oberen Drittel	In Dörfern	Wenn Roma im Haushalt leben
Notwendige Lernmittel	86	84	88	89	72
Teilnahme an Schulprogrammen	75	62	85	74	55
Taschengeld	51	49	54	61	40
Regelmäßiger Sport	37	31	42	45	23
Zugang zu einem Computer	29	21	35	30	12
Lernen außerhalb des Stundenplans	20	14	25	25	12

Quelle: Ferge Zs., Darvas Á., Tausz K., (2002) Social Protection, Social Exclusion and Poverty in Hungary, Bericht über die Untersuchung der sozialen Ausgrenzung und Armut in Ungarn, Internationale Arbeitsorganisation ILO, Team Mittel- und Osteuropa, Budapest. Eine Untersuchung von 1000 Familien aus dem unteren Einkommens-Drittel der Bevölkerung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Übergang zum Kapitalismus zwar ein politischer Erfolg war, für eine Mehrheit - oder eine riesige Minderheit - aber Verarmung oder zunehmende Entbehrungen bedeutet. Die Ursache für diese Verschlechterung ist teilweise in den sich "spontan" entwickelnden Ungleichheiten zu sehen, aber auch das Zurückziehen des Staates und die Unzulänglichkeit des "Sicherheitsnetzes" spielten eine große Rolle. Wie ich in einer früheren Untersuchung (1) gezeigt habe, war die EU bis ungefähr 2000 nicht besonders besorgt über diese Prozesse. Der Beitrittsprozess bedeutet vor allem die Übernahme des Besitzstandes. Dies umfasst jedoch nicht die Sozialpolitik, die als ein untergeordneter Bereich betrachtet wird. Diese Problematik wurde auch von einem westlichen Gelehrten angesprochen: "Die Frage der sozialen Eingliederung spielt derzeit in den Überlegungen bezüglich der Erweiterung keine große Rolle. Das Thema Armut z.B. findet in den jährlichen Berichten der Kommission über den Fortschritt der Bewerberländer kaum Beachtung." (2)

Diese Situation scheint sich seit letztem Jahr zu verändern. Die Beitrittsländer wurden aufgefordert, sich am Kampf gegen soziale Ausgrenzung zu beteiligen und bei der Erstellung eines gemeinsamen Memorandums zur Integration (Joint Inclusion

Memorandum) mitzuwirken, das Ende 2002 vorgelegt werden soll. Auch EAPN hat den MOEL einen Impuls gegeben: es wurde ein mittel- und osteuropäisches Netzwerk zur Bekämpfung von Armut geschaffen, das "CEE Anti-poverty Network". CEEAPN kündigte in seiner Absichtserklärung an, dass "das Netzwerk auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene und mit besonderem Schwerpunkt auf der Erweiterung der Europäischen Union und den speziellen Problemen der Mitgliedsländer des Netzwerks tätig sein wird, um zu erreichen, dass Fragen in Zusammenhang mit Armut in die politische Agenda aufgenommen werden und Politiken und Instrumente entwickelt werden, die ein wirksames Vorgehen gegen Armut und soziale Ausgrenzung sicherstellen."

Dennoch gibt es immer noch Interessengruppen, denen die Vorteile eines solchen Erfahrungsaustausches nicht bewusst sind. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass die Anstrengungen des EAPN, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen aus den Beitrittsländern in seine Arbeit einzubeziehen, und seine beständige Unterstützung des Erweiterungsprozesses von wesentlicher Bedeutung sind.

Zsuzsa Ferge

Präsidentin des Verbandes der Sozialberufe (SZS), Ungarn

(1) Ferge Zs. European Integration and the Reform of Social Security in the Accession Countries, European Journal Of Social Quality Band 3 Ausgabe 1/2, S.9-25

(2) Micklewright und Stewart, zitiert in Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan (2001), Indicators for Social Inclusion in the European Union Brüssel, Europäische Kommission.